



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/VI/42

19. Februar 1951

Hinweise
auf den Inhalt:

Die Vertriebenen und der Lastenausgleich	S.1
Entmachtete Gewerkschaften in der CSR	S.3
Pariser Defaitismus	S.4
Unerbetene "Patenkol"	S.5
Zum Huppenkothlen-Prozeß	S.6

Der ZvD und Bonn

=====

Protestkundgebungen von der Art wie die, welche am Sonntag in Bonn stattfand, werden nach der bisherigen Absicht vom Zentralverband der vertriebenen Deutschlands (ZvD) in zahlreichen Städten der Bundesrepublik gegen die Verschleppung und den von der Regierung vorgesehenen unzureichenden Inhalt des Lastenausgleichs stattfinden, solange sich das Parlament damit befasst. Das wird nach Schätzungen noch mindestens vier Monate dauern. Für lange Zeit wird also neben der parlamentarischen Diskussion dieser entscheidend wichtigen Frage die Aktion des ZvD lauern. Ob dieses Verfahren der Sache selbst dient oder schadet, muss abgewartet werden.

Der Unwille der Vertriebenen über ihre bisherige Behandlung ist verständlich. Begreiflich ist auch, dass er sich entlädt. Bedenklich aber bleibt manches an der Form, in der einzelne führende Persönlichkeiten in der Vertriebenenbewegung diese Empörung politisch radikalisieren, ohne dass sie wohl immer ernsthaft von der praktischen Durchführbarkeit gerade der wesentlichsten ihrer eigenen Forderungen überzeugt sind. Das trifft auch für einige der 12 Punkte des Dr. Linus Kather zu, wie z.B. die geforderte sofortige Fälligkeit der Abgabepflicht "überall dort, wo eine Vermögensumschichtung wirtschaftlich tragbar ist" - ein recht dehnbarer Begriff, wie man zugeben wird. Auch die Ansicht, schon in den ersten drei Jahren könnten wenigstens 10 Milliarden aufgebracht werden,

ist sehr umstritten.

"Die Flüchtlinge werden solange das Privateigentum respektieren, solange sie noch Hoffnungen haben, dass ihre Forderungen erfüllt werden", erklärte in Bonn der stellvertretende Vorsitzende des ZvD, Walter, und Dr. Kather, daraufhin befragt, billigte diese Äußerung ausdrücklich. Hier scheint die Grenze zwischen Protestkundgebung und angedrohtem revolutionärem Akt erreicht, wenn nicht überschritten. Ohne Zweifel entsprach dieser Ausspruch der überhitzten Atmosphäre der Bonner Kundgebung, wie sie auch in einem Transparent zum Ausdruck kam, das in der Fülle der anderen besonders auffiel: "Lastenausgleich durch Adenauer - oder Stalin?" Ein anderes Transparent war gleichzeitig Aufforderung und Gelöbnis in vertrautem Stil: "Kather befiehl, wir folgen!". Das Ganze war umrahmt von militärischen Märschen.

Bezeichnend ist übrigens, dass die eigentliche Triebfeder für diese Kundgebung und die, welche folgen sollen, weniger der ZvD als der BHE sein soll. Kraft, der Vorsitzende des BHE freilich, der gleichzeitig führender Funktionär im ZvD ist, hielt sich nach aussen weitgehend zurück. Er wurde kurz vorgestellt, las dann aber während der Rede Kathers, halb verdeckt hinter einem dekorativen Lorbeerbaum, Zeitung. Offenbar fühlte er sich durch seinen amtlichen Charakter als schleswig-holsteinischer Minister leicht geniert.

Vielleicht ist gerade ihm, der in Amt und Würden steht, bei der Art, in der diese Kundgebung verlief und weitere verlaufen können, klar geworden, wie leicht das Ganze zu einer vermehrten Enttäuschung der Vertriebenen führen kann, wahrscheinlich führen muss. Das wäre sehr bedauerlich, denn der Zweck, der mit solchen Aktionen verfolgt wird, ist gut: Einspruch zu erheben gegen das Prinzip der Verschleppung und der Verwässerung einer Schicksalsaufgabe Deutschlands durch eine Regierung, die durch den erwiesenen Mangel an sozialem Ausgleichswillen schon viel Schuld auf sich geladen hat.

"Lohnreform" und Betriebsmiliz

-s, Prag, im Februar

Die tschechoslowakischen Gewerkschaften sind zu Propagandisten der unbarmherzigen Stachanow-Arbeit herabgesunken. Seit etwa einem halben Jahr haben sie die "neuen Leistungsnormen" schmackhaft zu machen, d.h. die erweiterte Akkordierung aller Tätigkeit bei gleichzeitiger Herabsetzung der Lohnsätze. "Rudé Pravo", das kommunistische Zentralblatt schreibt (unwillkürlich einmal der Wahrheit entsprechend:) "Viele glauben immer noch, die Aktion zur Überprüfung und Heraufsetzung der Normen bedeute Lohnkürzung. Sie sagen, klar, wenn man früher vom Stück fünf Kronen bekam, werden es nach der Erhöhung der Normen nur vier Kronen sein. Also wird man entweder weniger verdienen, oder wird hetzen müssen, um wenigstens soviel wie früher zu bekommen".

Das klingt echt und ist wirklich logisch. So ist es tatsächlich. Das "Rudé Pravo" bemüht sich nun recht langatmig etwa um die verblüffende Mathematik: Wenn der Lohn um ein Viertel sinkt, hat man trotzdem mehr als vorher, wenn man nur doppelt soviel arbeitet wie vorher. Auch das ist natürlich logisch, nur ist es erstens unmöglich und zweitens eine Bestätigung dessen was die Arbeiter (siehe das Zitat) ohnehin wissen, nämlich, dass der Stücklohn gedrückt wird. Diese Notwendigkeiten in einer Zeit des angeblichen Immer-Reicher-Werdens wollen die Menschen nicht begreifen.

Im Betriebsleben ist die Macht der Gewerkschaften insbesondere durch das sogenannte "Industriestatut" zur Farce geworden. Neben anderen Würdenträgern wurde die Stelle des Personalleiters geschaffen; er verfügt über Aufnahme und Entlassung. Ihm zur Seite steht der Sicherheitsreferent, dem die Betriebsmiliz unterstellt ist. Das alles zusammen würde man normalerweise ein Besatzungstatut für Industriebetriebe heißen... Es ist irgendwie merkwürdig, dass man in der Tschechoslowakei alle halben Jahre einmal umorganisiert, obwohl man seit Februar 1948 die ganze Macht und das sowjetische "Vorbild" hat. Mit Macht allein aber ist gegen millionenfachen (wenn auch taktisch verhaltenen) Widerstand nicht gut zu regieren. Deshalb immer wieder der Wechsel der Methoden, wobei die Entrechtung der Arbeiterschaft selbst durch die Zurückstellung des gewerkschaftlichen Einflusses besonders zum Ausdruck kommt.

Das Beispiel der Tschechoslowakei verdient insofern besondere Be-

achtung, als dieses Land ehemals ein Industriestaat von wirklich mitteleuropäischem Format war; zur Zeit soll die Industrie zwei Drittel des Nationaleinkommens stellen.

- - - -

"Le Monde": Weder Elbe noch Rhein sind zu halten

sp. Die dem französischen Aussenministerium nahestehende Zeitung "Le Monde" befasst sich in einer tief pessimistischen Diktion mit der Verteidigung Westeuropas und kommt dabei zu folgenden stark beachteten Schlussfolgerungen:

"Für Westeuropa (Benelux, Frankreich, Italien) ist der Rhein die unüberschreitbare Grenze und Deutschland das Niemandsland. Die Schlacht muss sich zwischen Elbe und Rhein abspielen, wobei die Elbe die vorgeschobene Stellung und der Rhein die äusserste Verteidigungsstellung sein soll.... Das ist natürlich sehr utopisch. Aber wenn schon Krieg, dann vor allen Dingen nicht bei uns. Die Erfahrung lehrt aber, besonders die aus Korea, dass die strategischen Rückzüge nach Washingtoner Überlegung Hunderte oder gar Tausende von Kilometer bedeuten. Für Amerika ist das eine Umgruppierung der Front, für Europa heisst das, Dutzende von Millionen von Menschen ihrem unausweichbaren Schicksal zu überlassen. In der gesamten Presse ist die Reise General Eisenhowers optimistisch beurteilt worden; man spricht von einer Verteidigung der Elbe, spricht von einer Atlantik-Union und von einer europäischen Armee. In Wahrheit gibt es von dieser Union wie von dieser europäischen Armee, von der man uns bestätigt, dass sie die sowjetische Offensive aufhalten werde, nur einen Schatten und selbst die Regierungen wissen nicht einmal, ob man diese Armee einmal wird mobilisieren können.

Was die Verteidigung der Elbe anbelangt, von der uns die Politiker seit vier Jahren sprechen, so ist das vielleicht eine bequeme Erzählung. Dieser Fluss entspringt einem Satellitenland, durchquert auf 600 km ein sowjetisiertes Deutschland und endet seinen Lauf als Grenzfluss zweier Mächteblocks mit 90 unglücklichen Kilometern. Mithin: Auf einem Lauf von 900 Kilometern kann die Elbe nur in einem Zehntel ihrer Länge von den Alliierten gehalten werden. Es gibt keinen Militärstrategen der Welt, der diese "Front" nicht als eine Bouffonerie betrachtet. Bleiben die diesseitigen Länder des Rheines. Wir können im Augenblick die Absichten Eisenhowers nur nach den im Kongress abgegebenen Erklärungen

beurteilen. Alles denkt jedoch darauf hin, dass dieser amerikanische Soldat eher auf Realitäten setzen wird als auf Hypothesen. Er kennt die Schwierigkeiten, die sich heute sowohl in Frankreich als auch in Italien einer Mobilisierung entgegenstellen. Wenn er das wirklich konstatiert hat, wird er daraus geschlossen haben, dass die einzige kontinentale Zone, die wirklich zu verteidigen ist ausser Jugoslawien Spanien ist, wo 20 unglückliche Divisionen - geographisch gesprochen - diesseits und jenseits der Pyrenäen die Möglichkeit haben werden, eine mit beträchtlich stärkeren Kräften geführte Offensive aufzuhalten. Die Vereinigten Staaten müssen also heute schon ein Dünkirchen ins Auge fassen, denn der militärische Widerstand zwischen Elbe und Pyrenäen würde bei den gegenwärtigen Verhältnissen einem Selbstmord gleichkommen!"

Niedersachsen, das "Patenkind" von Brandenburg

sp. Zweimal in der Woche tritt im Landesausschuss Brandenburg der Nationalen Front die neugegründete Westkommission zusammen. Kommissionen dieser Art gibt es seit einigen Monaten in allen Ländern der Ostzone. Ihre Aufgabe besteht in der Aktivierung der kommunistischen Zersetzungsarbeit in Westdeutschland. Jeder Landesausschuss der Nationalen Front ist verpflichtet worden, sogenannte "Patenschaften" über die Organe der kommunistischen Nationalen Front in Westdeutschland zu übernehmen. Auf diese Weise soll die mangelnde Bereitschaft der westdeutschen Bevölkerung, dieser kommunistischen Tarnorganisation ihre Unterstützung zu geben, wettgemacht werden.

Die brandenburgische Westkommission hat die "Patenschaft" über Niedersachsen übernommen. Sie wies ihre Kreisausschüsse an, die "Patenschaft" über niedersächsische Kreise zu übernehmen. Die Stadt Hannover steht daher unter der "Patenschaft" der Stadt Potsdam, für Braunschweig und Helmstedt ist es die Stadt Luckenwalde, für Göttingen der Kreis Osthavelland, für Watenstedt-Salzgitter der Kreis Sonftenberg, für Osnabrück der Kreis Cottbus und für das Celler Gebiet mit Fallingb. und Gifhorn der Kreis Angermünde. In jedem der 23 Kreise des Landes Niedersachsen befinden sich mehrere kommunistische Agenten, die ihren "Patenschaftskreise" im Lande Brandenburg über alle Vorgänge

in Niedersachsen und ihre Ausnutzung für die Propaganda im Sinne der Nationalen Front auf dem Laufenden halten.

Die Organisation, die getarnt in Westdeutschland wirkt, ist stark zentralisiert. Eine besondere Aufgabe dieser Kommissionen ist die Sammlung von Adressenmaterial aus Westdeutschland. An diese Adressen werden dann von der Sowjetzone aus Propagandaschriften verschickt. Dazu werden vor allem die Schulkinder, die Behördenangestellten und die kommunistischen Massenorganisationen eingesetzt. Die erste grosse Aktion dieser Art war die schlagartige Versendung des Grotewohlbriefes in Millionen Exemplaren. Es war aber nur ein bescheidener Anfang, denn inzwischen ist an der mangelhaften Beteiligung der Bevölkerung an dieser Aktion heftige Kritik geübt worden.

Nach neuesten Anweisungen der Westkommissionen an ihre westdeutschen Vertrauensleute ist in verstärkter Masse die Entsendung westdeutscher Delegationen in die Ostzone zu organisieren. Ferner sollen um jeden Preis westdeutsche Antworten auf die sowjetzonale Propagandaaktion veranlasst werden, damit sie in der Ost-Presse wiedergegeben werden können. Auf diese Weise will man das Bestehen eines "gesamtdeutschen Gesprächs" vertäuschen. Kürzlich brachte das "Neue Deutschland" einen offenbar von kommunistischer Feder geschriebenen Antwortbrief der hannoverschen Accumulatorenfabrik. Es ist an der Zeit, dass diesen Aktionen entgegengetreten wird.

Ungelöste Rätsel um Canaris

M.J. In den letzten Wochen ist - veranlasst durch den Münchener Prozess gegen den ehemaligen SS-Sturmbannführer Huppenkothen - wiederum die Persönlichkeit des Admirals Canaris ins Licht der Öffentlichkeit gerückt worden. Bis 1944 Chef des Amtes Ausland/Abwehr im Oberkommando der deutschen Wehrmacht, gehört er zu den umstrittensten Erscheinungen der nationalsozialistischen Jahre. Vom Hoch- und Landesverrat bis zur Sabotage an der deutschen Widerstandsbewegung ist ihm so ziemlich alles nachgesagt worden, was man Toten, die sich nicht mehr rechtfertigen können, nur an unbegründeten Vorwürfen machen kann. Das beruht nicht zuletzt darauf, dass nur höchst lückenhaftes Material über die Tätigkeit des Admirals und seiner Dienststelle vorliegt; ein Zustand, der sich möglicherweise dann ändern wird, wenn die noch ungesichteten

Dokumente aus dem Gewahrsam der Alliierten der deutschen Geschichtsschreibung übergeben werden. Besonders den Tagebüchern, die Canaris bis zu seiner Verhaftung geführt hat, wird dabei eine grosse Bedeutung zukommen. Im Verlauf des Prozesses Huppenkothan ist viel von einer Verbrennung dieser Bände gesprochen worden, die 1945 stattgefunden haben soll. Dann wieder war von Fotokopien die Rede, die angeblich vorher angefertigt worden sein sollen. Es ist aber keineswegs sicher, dass diese Tagebücher nicht noch eines Tages auftauchen werden.

Die rätselhafte Zurückhaltung verschiedener Belastungszeugen des Prozesses bei ihren Aussagen und das Dunkel, das um die letzten Stunden Canaris auch nach dem Münchner Prozess bleibt, lassen den Schluss zu, dass hier offensichtlich gewisse Begleitumstände - wesentlicher oder unwesentlicher Natur - vertuscht werden sollen, wenn man auch den Aussagen des Dänen Landing, eines vertrauenswürdigen Mannes, Glauben schenken muß: Er hat schon kurz nach Kriegsende ausgesagt, dass Canaris im Konzentrationslager Flossenbürg grausam hingerichtet worden ist. Danach scheint es höchst unwahrscheinlich, dass Canaris noch lebt und, wie gerüchtweise verlautet, sich in Spanien oder Argentinien aufhält. Aber gerade darum sollten sich alle, auch die nur durch Zufall Beteiligten, um so ernsthafter darum bemühen, in der deutschen Öffentlichkeit das Bild dieses Mannes zu klären, der gewiss nicht zu den Mitläufern, vielmehr zu den Persönlichkeiten zu rechnen ist, die glaubten, an ihrem Platz, in ihrer Stellung ausharren zu müssen, um Schlimmeres zu verhüten, anderen zu helfen, ja sogar - was bewiesen ist - Verfolgten und Widerstandskämpfern zu helfen, obwohl sie selbst keineswegs aktiv im Widerstand tätig waren. Die stille Arbeit dieser Menschen, besonders während der letzten Kriegsjahre, war mit teilweise ungeheuren Opfern verbunden. Auch diese werden in einer späteren Geschichtsschreibung zu würdigen sein.

- - - - -

Stalin und die Strassenbahn von Halle

sp. "Was haben sich", so schreibt ein empörter Leser an die "Freiheit", das SED-Blatt für Sachsen-Anhalt, "die verantwortlichen Kollegen von der Strassenbahn bei der Benennung des Wagenzuges "Stalinbrigade" gedacht? Dieser Wagen ist schon auf Grund seines Äusseren unwürdig, diesen grossen verpflichtenden Namen zu tragen. Der Motorwagen starrt vor Schmutz und ebenso der vorsintflutliche Anhänger. Kollegen von der Strassenbahn, hatten ihr wirklich keinen anderen Wagen zur Verfügung? Ich sah einen ganz neuen Strassenbahnzug als E-Wagen, der keinen Namen hatte. Ich bin der Meinung, dieser Wagenzug wäre es würdiger, den Namen "Stalin" zu tragen."

+ + + + +

Verantwortlich: i.V. Josef Schmidt